

Akzent:

Medienordnungen

EDITORIAL

Matthias Loretan und Urs Meier

Der Zwang zur Ordnung ergibt sich aus der Notwendigkeit, mit Beschränkungen fertig zu werden. Sie zu schaffen und zu halten ist mühsam und anstrengend. Das fängt auf dem Schreibtisch an und endet in der Politik. Da verwundert es nicht, dass die Aussicht fasziniert, es könnte schon bald durch Aufhebung der Beschränkungen in einem bestimmten Bereich die Mühsal des Ordners entfallen. Dieser Bereich ist die Medien- und Kommunikationspolitik. Die Vision einer von beschränkenden Regeln weitgehend befreiten Medien- und Kommunikationswelt ist nicht etwa der Spleen irgendwelcher juveniler Technofreaks oder das Wunschenken profitsüchtiger Unternehmer. Sie wird vielmehr seit einigen Jahren propagiert in offiziellen Dokumenten aus der zuständigen Generaldirektion der EU in Brüssel. Die sprunghafte Entwicklung der Technik, so deren Argumentation, hebe binnen kurzem sämtliche Ressourcenknappheiten auf. Die heute noch übliche Unterscheidung zwischen Individual- und Massenkommunikation würde durch technische Konvergenz der Systeme hinfällig. Bei Herstellung, Verbreitung und Übermittlung, Speicherung, Verarbeitung und intelligenter Nutzung von Information jeglicher Art würden alle physischen Beschränkungen entfallen, und dadurch gebe es auch keinen Grund mehr, in diesen Bereich regelnd einzugreifen (strafrechtliche Belange ausgenommen).

Einige Anzeichen dafür, dass die Entwicklung in diese Richtung laufen könnte, gehören längst zum Alltag der Nutzung von Medien und Kommunikationseinrichtungen. Die Zahl der verfügbaren Radio- und Fernsehkanäle hat sich im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte vervielfacht, und ein neuer Quantensprung, basierend auf digitaler Signalübermittlung, steht unmittelbar bevor. Im gleichen Zeit-

raum hat die elektronische Datenverarbeitung mit dem Personal Computer einen Grossteil der beruflichen Arbeitswelt umgestaltet und in die Privathaushalte in beachtlichem Ausmass Einzug gehalten. Und mit dem Siegeszug des Internet hat die unklare Vorstellung der alle Grenzen aufhebenden Informationsgesellschaft eine erste Konkretisierung erfahren. Zieht man diese Linien weiter aus, so kann man von der Zukunft durchaus ein Bild skizzieren, das den Plänen der EU-Behörden entspricht.

Zwei Fragen sind dem entgegenzuhalten. Erstens: Kommt es wirklich so? Und zweitens: Wenn ja, wie rasch? – Im Blick auf das Problem der politischen Regulierung kann man die erste Frage offen lassen. Technologie-Prognosen haben sich ohnehin im Rückblick meist als höchst unzuverlässig erwiesen. Bleibt also die zweite Frage mit ihrem Vorbehalt. Sie wird von der Industrie mittlerweile recht vorsichtig beantwortet. So scheinen sich zur Zeit die an der Digitalisierung des Rundfunks interessierten Unternehmen darauf einzurichten, dass die Umstellung auf digitale Sendetechnik und die Marktdurchdringung einer neuen Generation von Empfangsgeräten nicht vor Ablauf des ersten Jahrzehnts des nächsten Jahrtausends zu bewerkstelligen ist. Selbst wenn man also der These folgen wollte, dass mit der Digitalisierung und der Konvergenz der Medien- und Kommunikationseinrichtungen jegliche politische Regelung obsolet wird, muss man demnach das Gestalten einer Medienordnung noch für mindestens ein Jahrzehnt als politische Aufgabe auf die Tagesordnung setzen. Die vorausgesagte Sprengung der Knappheitsgrenzen ist in den aktuellen medienpolitischen Diskussionen völlig abwesend. Es geht im Gegenteil eigentlich überall um knappe Güter:

- Frequenzen für terrestrische elektromagnetische Wellen sind nach wie vor Mangelware und entsprechend heiss umkämpft.
- Die Preise für Senderechte im Fernsehen steigen wegen enormem Nachfrageüberhang in schwindelerregende Höhen.
- Das Gesamtvolumen der Werbung wächst nicht so stark wie das Bedürfnis nach Medienfinanzierung durch Werbung.
- Zeit, Aufmerksamkeit und Interesse der anvisierten Publika sind und bleiben begrenzt und lassen keine wesentliche Ausweitung des Medienkonsums zu.

Medienpolitik als gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe soll eine Ordnung schaffen, die möglichst nicht in die Freiheit der Medien eingreift und die gleichzeitig eine möglichst gerechte und im Blick auf übergeordnete Ziele der Gesellschaft sinnvolle Bewirtschaftung der knappen Kommunikationsressourcen erlaubt. Diese Aufgabe ist durch die Entwicklung der Medien in kurzer Zeit sehr viel anspruchsvoller geworden. Es geht darum, trotz dem komplexen und sich dauernd verändernden Umfeld klare und einfache Regeln auszuhandeln, die sich in erwünschter Weise auswirken, verstanden werden und durchsetzbar sind.

ZOOM K&M leistet mit dieser Ausgabe erneut einen Beitrag zur Diskussion über die gesellschaftlich sinnvolle Ordnung des Medienwesens und knüpft dabei an das vor einem Jahr veröffentlichte Heft (Zukunft des Service public) an. Dies geschieht explizit im Sammelbeitrag "Diskussion zur Rundfunkordnung", in dem sich vier Exponenten (Roger Blum, Jost Wirz, Fredi Hänni und Armin Walpen) kritisch mit Thesen auseinandersetzen, die der Position des "Wislikofen-Paper" aus ZOOM K&M Nr. 9 entsprechen. *Roger Blum* unterzieht zudem in einem Artikel den Service public, den (fast) alle Medien zu leisten behaupten, aufgrund von empirischen Untersuchungen einer kritischen Sichtung und stellt neben guten Beiträgen auch signifikante Defizite fest. In einer differenzierten medienwissenschaftlichen und soziologischen Darstellung unternimmt es *Ulrich Saxer* zu klären, was oft vorschnell als bekannt gilt: nämlich was Kommerzialisierung eigentlich bedeutet. Der Beitrag von *Josef Trappel* lenkt den Blick in die Zukunft und zeigt, dass mit der Digitalisierung eine Umwälzung bevorsteht, deren wirtschaftliche und medienpolitische Bewältigung völlig neue Herausforderungen mit sich bringt. Im Gespräch mit *Otfried Jarren* wird deutlich, dass die Zeit der Massenmedien trotz technischer

Neuerungen nicht vorbei ist und dass es Sache der ganzen Gesellschaft ist, sie sozial und kulturell verträglich zu ordnen. Als wissenschaftlichen Hintergrund dazu kann man den Aufsatz von *Gerald Hosp* und *Klaus Schweinsberg* lesen. Sie schlagen eine allgemeine Entscheidungstheorie als Grundlage vor, um zwischen Ordnung und Prozess in der Massenkommunikation zu unterscheiden. Aus den weiteren Rubriken möchten wir den Aufsatz von *Walter Lesch* hervorheben, mit dem wir unsere permanente medienethische Debatte weiterführen. Lesch entwickelt eine Position weiter, die an dieser Stelle vor vier Jahren mit dem Schlagwort "Ethik des Öffentlichen" umrissen wurde (ZOOM K&M Nr. 4) und setzt sich prägnant mit einigen der wichtigsten gegenwärtigen Gesellschaftstheorien und Ethiken auseinander. Interessierten empfehlen wir auch die Internet-Adresse des "Netzwerks Medienethik" in den Anmerkungen dieses Beitrags.

ZOOM K&M ist ebenfalls im Internet. Wir präsentieren nicht nur die Übersicht der erschienenen Hefte mit Bestellmöglichkeit, sondern auch die Inhaltsverzeichnisse und Editorials und – als besondere Dienstleistung – die Rubrik "Archiv" im Volltext (zur Zeit noch im Aufbau). Damit entsteht eine übersichtliche Medienchronik, in der alle wesentlichen Vorgänge der Medienszene Schweiz seit 1992 nach Zeitraum und Sachgebiet bequem nachgesehen werden können.

Die Adresse: <http://www.zoom.ch/medien>